

# Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

## „VIELE OPFER DER KRISE“ – WELCHE LÖSUNG?

ENTGEGEN dem jeder Wirklichkeit des Zustandes des kapitalistischen Wirtschaftssystems entfliehenden Geschwätz des US-Präsidenten Bush, „Die USA haben die Lage im Griff“, sieht sich der langjährige Chef der US-Notenbank, Alan Greenspan, genötigt, als Warner aufzutreten. Er spricht eindringlich von der „schlimmsten Finanzkrise nach dem 2. Weltkrieg“ und fügt mahnend hinzu: „Die Krise wird viele Opfer zurücklassen.“ Was zugleich als politische Denkaufgabe und Handlungsanweisung verstanden werden muss, wie die Kosten auf die breiten Bevölkerungsschichten abgewälzt werden können.

Ein letztlich ohnmächtiger Warner, der mehr unfreiwillig einen Zipfel der Wahrheit aufdeckt, wenn er „bezweifelt, dass die Finanzkrise zu verhindern gewesen wäre“ (Financial Times, 17. 3. 08). Beschreibt er doch selbst, wie die gigantische Spekulationswelle, die er nach dem Platzen der Internetblase 2001 mit angeschoben hat, unausweichlich mit der Entstehung neuer Spekulationsblasen verbunden sein musste.

Die »Zeit« titelt: „Das Zentralnervensystem der Weltwirtschaft ist krank“ – und gegen die Krankheit dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems gibt es keine wirkliche Medizin.

Seit Beginn der „Finanzkrise“ wurde bereits ein Börsenwert von 6.124 Milliarden Euro vernichtet. Wer bezahlt das, wer sind die Opfer?

Erschrecktes Erstaunen durchfuhr die Presse, als in diesen Tagen Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, an den „Selbstheilungskräften der Märkte“ öffentlich zweifelte. Um dann wie aus einem Munde mit Finanzminister Steinbrück zu fordern: „Es braucht eine konzertierte Aktion von Banken, Regierungen und Notenbanken“ (Ackermann) und: „Wir sind in Deutschland sehr stark auf die gute Zusammenarbeit zwischen Politik, Bundesbank, Bankenverbänden und Bankinstituten angewiesen.“ (Steinbrück)

Dem Eingreifen des Staates ist schon heute die Entnahme immer neuer frischer Milliarden aus den öffentlichen Haushalten zu verdanken, die den abgebrannten Spekulanten hinterher geworfen wurden.

Steinbrück und Merkel weisen alle Sozialforderungen an den Haushalt zurück und wollen eisern auf der EU-Ver-



An der Börse in Frankfurt am Main

pflichtung zum Null-Defizit bis 2011 bestehen. Da ist kein „Spielraum“ für „Korrekturen“ der sozialen Verwüstungen, ganz im Gegenteil.

Die EU setzt ihr Trommelfeuer gegen die Lohnforderungen in Deutschland fort. Während einerseits an den Staat appelliert wird, um den Spekulanten Milliarden zu verschaffen und um gegen die verbliebenen Errungenschaften des Sozialstaats zu Felde zu ziehen, so gilt ansonsten das absolute Gebot der Entstaatlichung, der Deregulierung und Beseitigung aller Hindernisse für den freien, uneingeschränkten Markt Wettbewerb.

Ultimativ verlangt der EU-Binnenmarktkommissar Mc Creevy von der Bundesregierung, auf dem deutschen Postmarkt „alle rechtlichen und materiellen Marktbarrieren zu beseitigen“: „die Einführung hoher Mindestlöhne und die Beibehaltung unterschiedlicher Mehrwertsteuersätze für Postdienstleister“ verhindern den freien Wettbewerb und „unterlaufen die Abschaffung des Briefmonopols“.

Staatliche Hilfe für die Spekulanten,

„staatlicher Schutz für die Arbeitsplätze, den Betrieb und das Betriebsvermögen“, wie die Kollegen für Nokia gefordert haben: Nein!

Die führenden Verantwortlichen der SPD, Steinmeier, Steinbrück und Struck, und im Hintergrund wirkend Müntefering, die „Nachlassverwalter von Schröders

Agenda-Politik“, haben unterstützt von den Medien und politischen Gegnern eine wahre Hetzkampagne entfesselt, um Andrea Ypsilanti und Kurt Beck zum Schweigen zu bringen.

Für die Steinmeier, Steinbrück und Struck gibt es keinen Platz für einen SPD-Vorsitzenden Beck mit der Position der Beendigung der Zumutungen

der Agenda-Antireformen, der „Korrekturen der von den Menschen empfundenen massiven Ungerechtigkeit“, wie sie unter Becks Verantwortung auf dem Hamburger Parteitag zum Ausdruck kam.

Für sie gibt es keinen Platz für die Verteidigung der staatlichen Bahn, wie das mit großer Mehrheit auf dem Hamburger Parteitag beschlossen wurde, entsprechend dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und der SPD-Mitglieder.

Und erst recht gibt es für sie keinen Platz für eine SPD-Regierung in Hessen, die sich mit Andrea Ypsilanti dem demokratischen Wählerauftrag verpflichtet will: der Wiederherstellung des einheitlichen Flächentarifvertrags und der Rückkehr des Landes in die Tarifgemeinschaft; des Stopps der Privatisierung der Krankenhäuser, Universitäten ...; der ausreichenden Finanzierung für eine qualifizierte Bildung und Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen.

Für die Steinmeier, Steinbrück und Struck gibt es keinen Platz für eine wirkli-

(Forts. auf S. 3 links)

Michael Altmann (SPD, AfA-Bezirksvorstand, ver.di)  
**Für den Politikwechsel durch eine SPD-geführte Regierung**

## „Warum sollten wir das Ziel aufgeben?“ (Andrea Ypsilanti)

Am 19. März 2008 hat sich die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative getroffen, um über die Resonanz auf den Offenen Brief an Andrea Ypsilanti und Kurt Beck zu diskutieren und zu entscheiden, wie der Kampf in Hessen für eine SPD-geführte Regierung zur Umsetzung des Wählerauftrags aus der Landtagswahl in Hessen weitergeführt werden kann. Auf dem Treffen waren neben GewerkschafterInnen und AfA-Vorstandsmitgliedern aus Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, dem Odenwald und aus dem AfA-Bezirksvorstand, der Vorsitzende der Frankfurter GEW mit weiteren GEW-Bezirksvorstandsmitgliedern und der neue Sprecher für die Juso-Hochschulgruppe an der Universität Frankfurt vertreten.

Das Treffen fand vor dem Hintergrund statt, dass trotz einer breiten Medienkampagne und interessierter Kreise aus der SPD gegen Andrea Ypsilanti, diese erklärt hat: „Ich gebe nicht auf... Warum sollten wir das Ziel (Bildung einer SPD-geführten Regierung unter Ypsilanti) aufgeben? Der Wille der Partei ist ungebrochen, das Projekt umzusetzen, das wir im Wahlkampf begonnen haben: den Aufbruch in die soziale Moderne. Hier gilt auch, dass die Meinung in der Bevölkerung und die Stimmung in der Partei eine andere ist, als in den Medien.“ (Andrea Ypsilanti).

Gleichzeitig hat Roland Koch begonnen, sich als „geschäftsführender Ministerpräsident“ häuslich einzurichten, indem er seine politische „Kurskorrektur“ vorgestellt hat: Statt Abschaffung der Verkürzung des Gymnasiums („G 8“): Entlastung der Schüler von ihrem Lerndruck (also Reduzierung der Lehrinhalte); statt Rücknahme der Billig-Lehrkräfte: Aufstockung der „Unterrichtsgarantie plus“, und nach dem Rücktritt der Kultusministerin: Ansiedlung der Schulpolitik beim Justizminis-

ter. – Vor diesem Hintergrund wurde über die Frage diskutiert, ob wir weiterhin dafür eintreten können, dass Andrea Ypsilanti Ministerpräsidentin werden soll. Genossen befürchten, dass Andrea Ypsilanti erneut am Widerstand einzelner Abgeordneter bei der Wahl im Landtag scheitern könnte und damit „verbrannt“ würde. Schließlich ginge es vor allem um die Inhalte der sozialdemokratischen Politik in Hessen, die in den Vordergrund gestellt werden müssten.

Schließlich befanden die anwesenden GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen, dass in der Tat die Bildung einer SPD-geführten Landesregierung immer wieder mit den Inhalten verknüpft werden müsse, für die die Mehrheit die SPD gewählt hat und für die es eine Mehrheit im Landtag gibt. Aber gerade, weil diese Politik wie die Rücknahme der Studiengebühren oder die Wiederherstellung der Tarifautonomie und des Tarifvertrags in Hessen mit der Person Andrea Ypsilanti glaubwürdig verknüpft ist und es die einzige Möglichkeit ist, dem Treiben von Koch ein Ende zu setzen, muss man weiterhin für die Respektierung des Wählerauftrags eintreten, der heißt „Andrea Ypsilanti muss Ministerpräsidentin werden“. Je mehr Monate ins Land streichen, desto größer sei die Gefahr, dass der Wählerauftrag zerredet, vergessen gemacht wird.

Die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative hat entschieden, dass sie gemeinsam mit den Jusos und anderen am 29. März eine Kundgebung zum SPD-Landesparteitag in Hanau durchführt, um den Wählerwillen zum Ausdruck zu bringen,



In Hessen kann der Wählerauftrag, Koch abzulösen, nur erfüllt werden, wenn ein/e neue/r MinisterpräsidentIn gewählt wird. Darüber hinaus können Gesetzesvorhaben mit Haushaltsimplikationen nur von Seiten der Landesregierung eingebracht werden. Die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft und die Respektierung des Tarifvertrags der Länder verlangt, dass den Landesangestellten ihre von der Regierung Koch vorenthaltenen 0,5 % Entgelterhöhung ausgezahlt wird und damit die entsprechenden Gelder im Haushalt bereitgestellt werden müssen – und das kann nur mit der Wahl einer neuen Ministerpräsidentin durchgesetzt werden.

dass Andrea Ypsilanti Ministerpräsidentin wird.

Der AfA-Bezirksvorstand hat entschieden, dass er die Kundgebung unterstützen wird und einen Offenen Antrag für die Bildung einer SPD-geführten Regierung auf dem Landesparteitag einbringen will.

Eine Initiative von IG-Metall-Personalräten der Automobilindustrie in Hessen (Jürgen Stumpf, VW Baunatal, Dieter Seidel, Mercedes-Benz) für einen „Politikwechsel in Hessen“ will bis zum SPD-Parteitag 1.000 Unterschriften bei den KollegInnen sammeln.

### „Viele Opfer der Krise“ (Forts. v. Seite 1)

che sozialdemokratische Politik und Regierung.

Doch noch ist nichts entschieden.

Soll die sozialdemokratische Mehrheit akzeptieren, dass die EU/Agenda-Politik unter den Schlägen der Krise noch verschärfter fortgesetzt werden soll?

Soll die Wählermehrheit hinnehmen, dass der demokratische Wählerauftrag mit Füßen getreten werden soll? Die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative, Jusos, SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen wenden sich an die ArbeitnehmerInnen, SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen bundesweit, „sich für die Neuorientierung des Kurses der SPD, wie er durch Kurt Beck und im Wahlkampf der hessischen SPD unter Andrea Ypsilanti zum Ausdruck kam und von den Wählermehrheiten unterstützt wurde, engagiert einzusetzen“. - CARLA BOULBOULLÉ

### Ypsilanti dankt den ArbeitnehmerInnen für ihre Unterstützung

Andrea Ypsilanti hat sich gegenüber der Delegation der Hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative, die sie über die Ergebnisse der Unterschriftensammlung und das Echo auf den Offenen Brief an Kurt Beck und sie informiert hat, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für ihre Unterstützung bedankt.

Die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative ruft alle UnterstützerInnen des Offenen Briefs auf, sich für die Neuorientierung des Kurses der SPD, wie er durch die Kurskorrekturen von Kurt Beck und im Wahlkampf der hessischen SPD unter Führung von Andrea Ypsilanti zu Ausdruck gekommen und der von den WählerInnen in Hessen unterstützt wurde, weiter einzusetzen und mit entsprechenden Erklärungen an den SPD-Landesparteitag am 29. März 2008 in Hanau zu wenden (landesverband.hessen@spd.de und a.ypsilanti@ltg.hessen.de). – Kopien bitte auch an die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative michael.altmann@gmx.net, um die Delegierten des SPD-Parteitags zu informieren). - **Michael Altmann** (für die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative)